

Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 1+2/2026

Thomas Rachels Einsatz
für Maria Kolesnikowa
hat sich gelohnt
Lucas Lypp > 10

Klimaschutz bewahrt
Gesundheit und Lebensqualität
auch der älteren Generation
Dirk Bürger > 12

Wenn apokalyptische
Kriegsängste wachsen
Prof. Dr. Werner Thiede > 13

Friedensaussichten für die Ukraine?

Dr. Klaus Wittmann > 3





Liebe Leserin, lieber Leser,

2026 hat wieder genauso turbulent und krisengeschüttelt angefangen, wie das vergangene aufgehört hatte. Viel Zeit zur Besinnung und schon gar zur Besinnlichkeit „zwischen den Jahren“ gab es deshalb für uns in der Politik nicht. Eine nicht abreißen wollende Folge von neuen Hiobsbotschaften konfrontiert uns auch in den ersten Wochen des neuen Jahres: Der **menschenvorachtende Terror- und Vernichtungskrieg von Wladimir Putins** Russland, der im Februar in den vierten Jahrestag geht, hat auch in der zurückliegenden Weihnachtszeit nicht pausiert, die Lage in weiten Teilen der Welt – ob wir nun in den **Nahen Osten**, in den **Iran**, nach **Syrien** oder **Nigeria** blicken – bleibt hochgefährdet, unfriedlich und konflikt- bzw. krisengeschüttelt und auch die Politik der **USA** unter **Donald Trump**, der im eigenen Land wie auch international zunehmend unberechenbarer, rücksichtsloser und zügeloser agiert (willkürliche Zölle, **Grönland**, „**ICE**“), in Worten wie auch Taten, bringt auch den **Westen und das NATO-Bündnis** in zunehmend schwere Fahrwasser. Deshalb muss sich jetzt auch Europa emanzipieren, ja neu erfinden, und sich seiner eigenen Stärken wieder bewusstwerden, und zwar sowohl wertmäßig, sicherheits- und verteidigungspolitisch als auch wirtschaftlich.

Wir können es uns in diesen **wirtschaftlich und geostrategisch herausfordernden Zeiten** deshalb nicht leisten, auf bessere Handelsbeziehungen und neue Märkte zu verzichten. Um genau diese Frage geht es aber beim **Mercosur-Abkommen**. Bei dem Inkrafttreten des Mercosur-Abkommens würde eine der größten Freihandelszonen der Welt entstehen. Mit über 700 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher. Dieses steht für 20 Prozent der Weltwirtschaftsleistung und 31 Prozent der globalen Warenexporte.

Gerade für uns in **Deutschland als Exportnation** ist Mercosur von zentraler Bedeutung. 12.500 deutsche Unternehmen exportieren bereits in die Region. Rund 70 Prozent davon sind kleine und mittlere Unternehmen. Und genau diese Betriebe kämpfen heute mit teils absurdem Zöllen. 35 Prozent auf Autos, bis zu 20 Prozent auf Maschinen, bis zu 18 Prozent auf Chemieprodukte. Das Abkommen dagegen würde rund 90 Prozent der Zölle abschaffen und unsere Unternehmen jährlich um rund 4 Milliarden Euro entlasten. Geld, das nicht an der Grenze verloren geht, sondern dann in Innovation, in Wettbewerb und in Beschäftigung hier bei uns in Deutschland investiert werden kann. Gleichzeitig schafft Mercosur neue Impulse für Handel, für Wachstum, für wirtschaftliche Resilienz in Europa wie auch in unseren Partnerländern. Das trägt dazu bei, Arbeitsplätze zu sichern, unsere Lieferketten zu diversifizieren und den Zugang

zu kritischen Rohstoffen zu verbessern. Und genau das ist es, was wir in diesem wirtschaftlich schwierigen Zeiten brauchen.

Problematisch wird es aber dort, wo Verantwortung durch Blockade ersetzt wird. Was wir auf EU-Ebene gerade erlebt haben, ist darum Doppelmaoral in Reinform, und zwar **Grüne Doppelmaoral in Reinform**. Öffentlich bekennen sich **Bündnis90/Die Grünen** zwar zu Mercosur-Abkommen, tatsächlich blockieren die Grünen Abgeordneten im Europaparlament aber – im **Schulterschluss mit AfD und den linksextremen Parteien** – das Inkrafttreten des Mercosur-Vertrages. Das ist keine verantwortungsvolle Europapolitik, das ist eine **verhängnisvolle Blockade für unser Land und für Europa**. Gerade, wo es jetzt in dieser sich rasant verändernden neuen Welt(un)ordnung darauf ankäme, dass die Handlungsfähigkeit Europas bewiesen wird, schaden **AfD, Grüne und Linkspartei** der Wirtschaft, den Betrieben und den Arbeitsplätzen in Deutschland. Und das ist mehr als traurig, das ist verhängnisvoll in dieser Weltlage.

Europa braucht Handlungsfähigkeit, Verlässlichkeit und wirtschaftspolitische Vernunft. Die EU hat 2017 ihre Position als wichtigster Handelspartner von Mercosur an China verloren. Die Chinesen liefern Technologien, investieren strategisch und gewinnen überproportional an Einfluss. Jetzt zählt es. Wir haben die Chance, als Europäer Standards zu setzen für fairen Handel, für Nachhaltigkeit und auch für Partnerschaft. Wir Europäer, wir wollen uns in Lateinamerika als verlässliche wirtschaftliche und politische Partner positionieren und auch erweisen. Das Mercosur-Abkommen stärkt unsere Resilienz gemeinsam, reduziert Abhängigkeiten, diversifiziert die Handelsbeziehungen und das in einer zunehmend fragmentierteren Welt. Deshalb sollte das Abkommen nun vorläufig sofort angewandt werden. Zeigen wir als Europäer durch die Zweihandelsabkommen Mercosur und Indien, dass wir es anders machen als die US-Administration, nämlich mit **regelbasiertem Freihandel und Kooperation statt Abschottung und Willkür**. Dann sind wir auch für andere Weltregionen als Partner interessant. Das ist die europäische Verantwortung, die wir jetzt gemeinsam wahrnehmen müssen.

Gottes Segen!
Ihr

Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Friedensaussichten für die Ukraine?

Klaus Wittmann

Protestantische Friedenethik

Eingangs ein persönliches Votum: Der Verfasser dieses Beitrags war Mitglied der 10. EKD-Synode und als Angehöriger der Kammer für Öffentliche Verantwortung Mitautor der 2007 verabschiedeten Friedensdenkschrift des Rates der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“. Zu seinen großen persönlichen Erfüllungen zählt er nicht kriegerische Handlungen oder etwa getötete Feinde, sondern die Mitwirkung an diesem Dokument.¹

Die Denkschrift wurde fünf Jahre lang verhandelt (für den einzigen Soldaten in der Kammer nicht immer vergnügungssteuerpflichtig). Sie brachte einen Perspektivwechsel vom „Gerechten Krieg“ zum „Gerechten Frieden“, wobei allerdings die von Augustinus stammenden Voraussetzungen für Gewaltanwendung aus der „Gerechter Krieg“-Lehre übernommen wurden. Der Tenor war durchaus positiv und optimistisch, wie es schon die Kapitelüberschriften ausweisen: Friedensgefährdungen, Der Friedensbeitrag der Christen und der Kirche, Gerechter Friede durch Recht, Politische Friedensaufgaben.

Multilateralismus und die Vereinten Nationen spielten eine große Rolle, Rüstungsexport und Atomwaffen wurde jegliche Legitimation abgesprochen. Der Optimismus kam auch darin zum Ausdruck, dass *Si vis pacem, para bellum* verworfen und stattdessen postuliert wurde *Si vis pacem, para pacem*. Und die Grenzen für die Anwendung dessen, was „rechtserhaltende Gewalt“ genannt wurde – in Selbstverteidigung, Schutz

von Menschenrechten und Auslandseinsätzen – waren sehr eng gesteckt.

Dieses Dokument war bis zum vergangenen Herbst die autoritative Grundlage des friedensethischen Denkens im deutschen Protestantismus. Insofern bin auch ich natürlich durchdrungen von dieser Friedensethik: Prävention, Absage an militärische „Lösungen“, Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung, Grenzen rechts-erhaltender Gewalt, Vertrauensbildung, kooperative Sicherheit. Allerdings wurde nicht nur mir, sondern auch in der innerkirchlichen friedensethischen Debatte der vergangenen Jahre immer klarer: Wenn ein Despot nur militärische Gewalt in seinem Arsenal hat und diese mit äußerster Rücksichtslosigkeit einsetzt, ist es zunächst vordringlich, ihn mit militärischen Mitteln zu stoppen und zurückzudrängen. Das sehen viele anders, nicht zuletzt der jetzige Friedensbeauftragte des Rates der EKD, der mitteldeutsche Bischof Friedrich Kramer, der beispielsweise Waffenlieferungen an die Ukraine strikt ablehnt. Wäre das die Leitlinie geworden, gäbe es die Ukraine nicht mehr.²

Der Hereinbruch nackter militärischer Gewalt in unserer Nachbarschaft, die Rückkehr zwischenstaatlichen Krieges nach Europa und insbesondere die Diskussion über militärische Unterstützung der Ukraine prägte recht weitgehend den Prozess, welcher – diesmal nicht in einer fest zusammengesetzten Kammer, sondern in einem breiteren partizipativen Verfahren – den Beschluss des Rates der EKD vom September 2022 umsetzte, die friedensethische Positionierung der EKD weiterzuentwickeln.

Das Ergebnis wurde auf der jüngsten EKD-Synodentagung am 10. November 2025 und dann öffentlich drei Tage später an der Evangelischen Akademie zu Berlin vorgestellt: „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen“.³

Hier wird die friedensethische Akzentsetzung der EKD weiterentwickelt. Neben der Betonung der bleibenden prinzipiellen Orientierung evangelischer Friedensethik an Jesu Predigt der Gewaltfreiheit werden zugleich vier Dimensionen neu profiliert, die in ihrem Zusammenspiel den Gerechten Frieden auszeichnen: Schutz vor Gewalt, Förderung von Freiheit, Abbau von Ungleichheiten und friedensfördernder Umgang mit Pluralität. Der Schutz vor Gewalt gilt als grundlegendes Gut, auf dem die anderen drei Dimensionen aufbauen. Folgender Gedankengang liegt dieser Akzentuierung zugrunde: Ohne den Schutz vor Gewalt kann es weder eine Förderung von Freiheit noch den Abbau von Ungleichheiten oder einen friedensfördernden Umgang mit Pluralität geben – aber umgekehrt ist ein Friede, der nur auf die Abwesenheit von Gewalt setzt (in Kategorien der Friedensforschung ein „negativer Friede“), die anderen Dimensionen aber vernachlässigt, nicht dauerhaft stabil.

Neu akzentuiert werden außerdem Querschnittsthemen der gesamten Friedensethik wie das Zusammendenken von Friedensethik und Sicherheitspolitik, die Bedeutung von Konflikten im digitalen Bereich, von Kriegsverbrechen im Kontext sexualisierter Gewalt, von Fragen des Klimaschutzes sowie die bildungspolitische Verankerung friedensethischer Fragestellungen und der Schöpfungsbewahrung.

Die Denkschrift bietet keine fertigen Antworten und fällt keine voreiligen moralisch-ethischen Urteile, sondern will eine theologische Hilfe zur Orientierung und Gewissensbildung bzw. -schärfung sein. Dies im Geist gewissenhafter Orientierung am biblischen Zeugnis in Verbindung mit kritisch-theologischem Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Fragen und Herausforderungen der gegenwärtigen Zeit, die so voller Unfriede, Konflikten und Hass ist.

Besonders kontroverse aktuelle Themen sind natürlich Nuklearbewaffnung (ethisch gebotener Verzicht – politisch schwer zu vertreten: „zu überwindende Übergangslösung“), Rüstungsexport und eben die militärische Unterstützung der Ukraine, die legitimiert wird („trotz des grundsätzlichen Vorrangs der Gewaltfreiheit ... nicht nur völkerrechtlich, sondern auch ethisch die Anwendung von Gegengewalt legitim“). Dass prinzipielle Pazifisten sich durch diese Denkschrift in gewisser Weise marginalisiert fühlen, ist verständlich, und die Frage „Wann und wo haben Waffen den Frieden gesichert?“ ist legitim.

Aber bezüglich der Ukraine liegt eine zweifache Antwort auf der Hand: Erstens muss das Morden gestoppt werden. Wenn Moskau damit aufhört, ist der Krieg sofort zu Ende. Stellt die Ukraine das Kämpfen ein, ist es mit ihr zu Ende. Die anlässlich des Bundeskanzlerbesuchs in Indien zu hörende Analogie zu Mahatma Gandhis und Martin Luther Kings gewaltlosem Widerstand und dessen Erfolg bietet angesichts Putins militärischem Furor und seinen Vernichtungszielen keine Handlungsanleitung.⁴

Und sollte es zu Waffenstillstand oder gar gerechtem Frieden kommen, ist zweitens eine Absicherung durch militärische Kräfte mit robustem Mandat unumgänglich, um für die Zukunft eine Fortsetzung oder spätere Neuaufnahme der russischen Angriffe zu verhindern, was noch so starke ukrainische Streitkräfte allein

nicht werden leisten können. Dieser – nach dem Budapester Memorandum von 1994 und dem Minsk II-Abkommen von 2015 – dritte Versuch zur Reglung der Sicherheitsbeziehungen zwischen beiden Staaten darf nicht ebenfalls scheitern.

Schon vier Jahre

Der vierte Jahrestag der russischen Ukraine-Invasion ist bitterer Anlass zu erneuter Zwischenbilanz eines Krieges, der in zwei Monaten bereits länger gedauert haben wird als der Erste Weltkrieg.

Der Charakter dieses Krieges, mit dem gemeinhin benutzten Begriff „völkerrechtswidrig“ geradezu verharmlost, darf nie verkannt werden: Dies ist kein Konflikt zwischen zwei „Kriegsparteien“, sondern Russlands brutale Unterwerfungsoffensive gegen ein Nachbarland, verbrecherisch nach Absicht und Ziel (*ius ad bellum*) sowie Methoden (*ius in bello*). Allgemein ist der Wunsch, „das Töten zu beenden“, doch geht jede und jeder Tote dieses Krieges auf Wladimir Putins Konto.

Dieser hat die 1975 in Helsinki verbrieft und 1990 in Paris bekräftigte europäische Friedensordnung zertrümmert: souveräne Gleichheit der Staaten, territoriale Integrität, Unverletzlichkeit von Grenzen, friedliche Streitbeilegung, freie Bündniswahl. Und dies nur als Vorstufe zu einer im Verein mit anderen Autokraten angestrebten „Neuordnung“ Europas und der Welt, die keine freiheitliche sein würde.

Wie konnten die Europäer dieses Gemetzel vor ihrer Haustür bereits vier Jahre lang zulassen und die zunehmende Unbewohnbarmachung des Landes im eisigen Winter? Weil wirksame militärische Unterstützung der Ukraine zu kostspielig oder zu risikoreich erschien? War doch für den früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich jede für die Invasoren schmerzhafte Maßnahme „brandgefährlich“. Oder aus mangelnder Empathie mit einem geschundenen Volk? Aus Blindheit für Putins revisionistische und neo-imperialistische Ziele sowie deren Reichweite? Aus fehlender Einsicht, dass die tapferen Ukrainer den Krieg führen, den wir anderen Europäer – noch – nicht führen müssen?

Sollte Putin in der Ukraine siegen oder auch nur einen faulen Frieden durchsetzen, wären wir in absehbarer Zeit selbst dran (beispielsweise mit der Litauen-Brigade), je nachdem als wie uneinig und von den USA verlassen er dann die NATO und die EU einschätzen würde. Während der US-Präsident meint, Putin wolle Frieden, setzt sich in seinen Geheimdiensten Realismus gegenüber dessen weitergehenden Zielen durch.

Versäumnisse

Zurückgewandtes Kritisieren nützt natürlich wenig; aber Ehrlichkeit über Versäumtes hilft künftige Fehler verhindern. Die Lage der Ukraine könnte eine völlig andere sein, wäre die militärische Unterstützung durch ihre Partner nicht stets mit „angezogener Handbremse“ erfolgt. Hätte sie also im Herbst 2022 die erforderliche Zahl von Kampf- und Schützenpanzern und genügend Artilleriemunition erhalten, um ihre spektakulären Gegenangriffserfolge bei Charkiv und Cherson auszuweiten. Aber was geschah? Nach einer parteiübergreifenden Bundestagsresolution Ende April 2022,⁵ der zufolge die Bundesregierung der Ukraine schwere Waffen liefern sollte, dauerte es ein Dreivierteljahr, bis Bundeskanzler Scholz bereit war, eine geringe Zahl von Kampf- und Schützenpanzern zur Verfügung zu stellen. War er doch im Sommer 2022 aus dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages zitiert worden mit der Aussage, bereits die Abgabe von Schützenpanzern Marder an die Ukraine würde eine „furchtbare Eskalation“ bewirken – als habe er sich bei seinen Telefongesprächen mit Präsident Putin von diesem einschütern lassen.⁶



Besser hätte er sich an die Spitze einer Koalition gestellt, die der Überlegung einer Studie des European Council on Foreign Relations⁷ gefolgt wäre – dass man von den bei 14 europäischen Nationen (davon neun in der NATO) vorhandenen 2000 Leopard 2-Panzern der Ukraine 15 Prozent hätte geben können. Das hätte der Zahl von 300 Kampfpanzern entsprochen, welche diese als erforderlich ansah.

Ferner hätte es die Lage dramatisch verbessert, wäre die Ukraine 2023 mit weitreichenden Waffen wie Marschflugkörper Tomahawk und Taurus ausgestattet worden, einschließlich der Genehmigung, damit Führungs- und logistische Einrichtungen sowie andere militärische Ziele auf russischem Boden zu bekämpfen. Zu diesen gehören auch Militärflugplätze, Abschussvorrichtungen und die große Drohnenfabrik Alabuga. Denn noch so viel Flugabwehr (wo in der Tat Deutschland sehr hilfreich war) wird nicht reichen, um ukrainische Städte, Infrastruktur und Fronttruppen zu schützen, weshalb in stärkerem Maße bereits Abschüsse verhindert werden müssen.

Dies sowie nachhaltige Beeinträchtigung von Führung und Nachschub könnten auch heute noch eine Wende des Kriegs bringen. Aber seit drei Jahren gibt es diese Kontroverse. Denn im Frühjahr 2023 forderte eine weitere Bundestagsresolution,⁸ der Ukraine „weitreichende Waffen“ zu geben. Damit war in der Hauptsache der Taurus der deutschen Luftwaffe gemeint, was dann aber die SPD-Fraktion unter Rolf Mützenich bestritt. Jedes von Bundeskanzler Scholz’ Argumenten gegen eine Taurus-Lieferung war widerlegbar, unter Hinweis auf die Volksweisheit „Wenn man etwas will, findet man Wege, will man es nicht, findet man Gründe.“⁹ Und ein größerer Gastbeitrag in der WELT war überschrieben „Sehr deutsche Ausreden“.¹⁰

Oder wurde schon zu viel Zeit verloren, wozu unter anderem Trumps übervorsichtiger Vorgänger und Scholz mit ihrer Eskalationsfurcht maßgeblich beigetragen hätten? Scholz versteckte sich hinter Biden mit der Begründung „keine deutschen Alleingänge“, und viele andere europäische Staaten versteckten sich hinter

Deutschland. Scholz’ ewigem Brüsten als größter militärischer Unterstützer der Ukraine musste entgegengehalten werden, dass dies nur für absolute Zahlen galt und im Verhältnis der Leistungen zum BIP Deutschland höchstens auf Platz zwölf stand.

Bei der Vorstellung Mitte Januar 2026 des Buchs von Gloger/Mascolo mit Kritik an der deutschen Russland-Politik¹¹ enthüllte übrigens Altkanzler Scholz sein damaliges Denken mit exkulpatorischer Absicht und räumte

„Der deutschen Russland-Politik ist der Vorwurf zu machen, nach der Krim-Annexion und dem Beginn des verdeckten Krieges im Donbass rasch zur Tagesordnung übergegangen zu sein.“

damit doch ein, was viele an seiner Ukraine-Politik als „Selbstabschreckung“ kritisiert hatten:¹² „Stets sei abzuwägen gewesen, ob Deutschland sich im Gleichklang mit Partner bewege und wie Russland reagiere. Es sei so gewesen, dass man natürlich auch austesten musste, wie weit das gehen kann.“ Putin wurde also die Eskalationsdominanz überlassen und wurden ständig selbstgesteckte „rote Linien“ kommuniziert. Er spielte gekonnt mit besonders deutschen Ängsten, und der Kanzler schürte Befürchtungen im Volk, auf die er dann als „öffentliche Meinung“ zur Rechtfertigung seiner Art von „Besonnenheit“ verwies.

Weiter zurückblickend ist der deutschen Russland-Politik der Vorwurf zu machen, nach der Krim-Annexion und dem Beginn des verdeckten Krieges im Donbass rasch zur Tagesordnung übergegangen zu sein und mit der Abmachung über die Nord Stream 2-Gas-Pipeline 2015 die Abhängigkeit von Russland gesteigert sowie viel Goodwill und Vertrauen in den Baltischen Staaten und Polen zerstört zu haben („Werdet mal nicht hysterisch wegen Russland!“). Sicher hat das dazu beigetragen, Putins weiteren Plänen Auftrieb zu geben.

Es wäre zu wünschen, dass Bundeskanzler Merz hinsichtlich Taurus seine kernigen Oppositions-Ankündigungen einlöste,



nicht zuletzt als gutes Beispiel für andere Europäer, die auch viel mehr tun könnten. Vielleicht folgt er ja schon der Aufforderung, wenigstens mit der Ausbildung ukrainischen Bedienungspersonals zu beginnen, um diese Option jederzeit ziehen zu können. Er verfügte nach Amtsantritt, dass nicht mehr öffentlich über alle deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine informiert wird. Das macht Sinn, sofern es nicht Ablehnung kaschiert. Er erklärte auch, generelle Einsatzbeschränkungen für weitreichende Systeme werde es nicht mehr geben, was aber voraussetzt, dass man solche auch liefert.

Ist Russland unbesiegbar?

Für die Ukraine ist der Krieg noch längst nicht verloren. Denn Putin hat die Ziele seiner „militärischen Spezialoperation“ trotz über einer Million eigener Gefallener und Verwundeter bislang völlig verfehlt. Eine „miserable Bilanz“ kann man ihm bescheinigen.¹³ Der weniger als vier Jahre dauernde „Große Vaterländische Krieg“ brachte die Sowjetarmee bis nach Berlin. Waren in Putins erster Invasionsphase ca. 30 Prozent der Ukraine besetzt, sind es heute weniger als 20 Prozent. Ihr Volk ist geeinert denn je und unterstützt die politische Führung. Und die NATO, gegen die er sich angeblich auf ukrainischem Boden verteidigt, ist um zwei potente Mitglieder größer und ist militärisch stärker denn je bzw. nach den jüngsten Beschlüssen auf dem Weg dahin.

Aufgegeben hat Putin seine Ziele indes nicht. Die Einverleibung der vier Oblaste Luhansk, Donezk, Cherson und Saporischja, die – neben der Krim – auf dem Papier der russändischen Verfassung bereits Teil Russlands sind („neue territoriale Realitäten“) ist Zwischen-, nicht Endziel. Das besteht in Unterwerfung der Ukraine durch Okkupation oder Einsetzung eines Kreml-höri-gen Regimes bzw. ihre völlige Zerstörung. Denn eine demokratische, florierende, westlich orientierte Ukraine könnte zur Infektion der russischen Bevölkerung mit dem „demokratischen Virus“ und damit – aus Putins Sicht – zur existentiellen Bedrohung seines Macht- und Herrschaftssystems führen.

Russland hat an mehreren Frontabschnitten die taktische Initiative, aber es kommt unter immensen Verlusten nur äußerst langsam voran. Der absehbare Fall von Pokrovsk wäre das Ergebnis 18-monatiger Bemühung. Aber die ständigen Siegesmeldungen, die keinem Faktencheck standhalten,¹⁴ und die Propaganda von einem für die Ukraine „schon verlorenen Krieg“ sollen Trump beeindrucken und die westliche Unterstützung lähmen. Vor der letzten Verhandlung in Moskau hat Putin, selbst in Uniform, die Übertreibungen ja noch gesteigert, garniert mit Kriegsdrohungen gegenüber Europa. Und die Serie speichelleckerischer Fragen bei seiner Jahrespressekonferenz bot reichhaltigen weiteren Anlass.

Darauf sollte man nicht hereinfallen, aber es verfängt bei Vielen im Westen, die an russische Unbesiegbarkeit glauben (wollen), was mit einhergehender Drosselung der Unterstützung zu einer *self-fulfilling prophecy* beiträgt. Der Nimbus ist spätestens zerstoben seit der ukrainischen Kursk-Offensive im August 2024 mit vielmonatiger völlig hilfloser russischer Reaktion auf die erstmalige militärische Besetzung russischen Bodens seit dem Zweiten Weltkrieg. Die bedeutenden russischen Probleme, intern und auf dem Schlachtfeld, und die vielen punktuellen ukrainischen Erfolge werden ausgeblendet.

Zu letzteren gehören die wirksamen Angriffe auf kriegswichtige russische Ölraffinerien und –depots, Rüstungsfertigung, Gefechtsstände, Militärflugplätze und Flugzeuge sowie die weitgehende Zerstörung der russischen Schwarzwasserflotte, deren Reste sich nicht mehr in die Nähe der ukrainischen Küste trauen, so dass der Export beispielsweise ukrainischen Weizens auch ohne das seinerzeitige Abkommen läuft.

Und angesichts der sich steigernden russischen Luftangriffe gegen Elektrizitäts-, Wärme- und Wasserinfrastruktur in den

„Russland hat an mehreren Frontabschnitten die taktische Initiative, aber es kommt unter immensen Verlusten nur äußerst langsam voran.“

ukrainischen Städten, welche mit der zunehmenden Zerstörung von Lebensgrundlagen nahezu genozidale Züge tragen (Kälte als Waffe) und die ukrainische Bevölkerung zermürben sollen, sind ihr tapferes Durchhalten („Aufgeben ist keine Option“), ihre Findigkeit bei Aushilfen und ihre Unterstützung der Front, ihre gegenseitige Solidarität und ihre konsequente Ablehnung russischer Herrschaft bewundernswert. Würde jetzt noch Präsident Selenskyj mit Bürgermeister Klitschko Burgfrieden schließen und innenpolitische Hemmungen gegen konsequenteren Einberufung zum Militär überwinden, wäre manches einfacher.

Einem anderen Aspekt der Defätismus-Propaganda sollte man ebenfalls entgegentreten: heuchlerische russische Polemik gegen Korruption in der Ukraine und die angebliche „Illegitimität“ Selenskyjs als Präsident. Die Korruption ist weitgehend ein sowjetisches Erbe und seit 2014 zumindest nicht mehr gesellschaftsfähig. Sie wird, im Gegensatz zum kleptokratischen russischen System, zunehmend aufgedeckt und verfolgt. Und da die Präsidentenwahl verfassungskonform bis nach Kriegsende aufgeschoben ist, besitzt Selenskyj auch wesentlich stärkere demokratische Legitimität als Putin. Er bleibt das Gesicht der Freiheit, während Putin die „Torheit der Tyrannen“ verkörpert.

Besonders durchdringungen vom Nimbus russischer Unbesiegbarkeit scheint US-Präsident Donald Trump, der deshalb Druck auf das Angriffsopfer, nicht etwa auf den Aggressor ausübt – im Interesse rascher Beendigung dieses Krieges, den er als Störfaktor beim Streben nach „Normalisierung“ der (nicht zuletzt wirtschaftlichen) Beziehungen mit Russland betrachtet. So wurde die Ukraine, beginnend mit Präsident Selenskyjs Demütigung im Weißen Haus mit anschließendem Rauswurf im Februar 2025 und späterem Treffen im Vatikan, dessen Fotos fast ein Trumpsches Erweckungserlebnis erhoffen ließen, einem veritablen Wechselbad ausgesetzt. Aber immer wieder kehrte Trump zurück zu dem Tenor, der in einem Reuters-Interview Mitte Januar 2026 zum Ausdruck kam¹⁵. Seiner Ansicht nach sei der russische Präsident Wladimir Putin zu einem Abkommen bereit. „Ich denke, er ist bereit, einen Deal zu machen“, sagte Trump über Putin. „Ich denke, die Ukraine ist weniger bereit, einen Deal zu machen.“ – ein klarer Vorwurf an den ukrainischen Präsidenten, eine Beendigung des Krieges zu verzögern.

Zentral ist dabei die Rolle seines diplomatisch völlig unerfahrenen Geschäftsfreunds Steve Witkoff, der sich von Putin mehrfach hat „einwickeln“ lassen, ohne eigenen Dolmetscher mit diesem verhandelte, Trump als russisches Geschenk ein Heldenbild vom Attentatsversuch und die rührende Nachricht mitbrachte, Putin habe damals für ihn gebetet. Den 28-Punkte-„Friedens“-Plan ließ er sich wohl weitgehend von seinem russischen Counterpart Dmitrijew diktieren. Und vor Selenskyjs Besuch in Mar-el Lago, wo er auf Tomahawk-Marschflugkörper hoffte, rief Witkoff seinen russischen Partner an und riet ihm, dass und wie Putin vorher mit Trump telefonieren und ihm schmeicheln sollte. Tomahawk gab es daraufhin nicht. Die panikartige russische Reaktion schon auf die Aussicht einer Lieferung hatte Trump nicht etwa als Druckmittel genutzt, sondern Putin am Telefon gefragt, was der sagen würde, wenn er der Ukraine Tomahawk lieferte. Zwischendurch hatte er noch in Anchorage/Alaska Putin den roten Teppich ausgerollt, mit seinem verstörten Auftritt bei der Presseerklärung allerdings auch Spekulationen über die Gründe seines ständigen Entgegenkommens gegenüber Putin Nahrung gegeben.¹⁶

Will Putin den Frieden?

Trump gibt sich aufgrund der Witkoff-Berichte sowie seines Alaska-Treffens und der Telefonate mit Putin überzeugt von dessen Friedenswillen. Doch die als Voraussetzung bereits für einen

Waffenstillstand bekräftigten russischen Forderungen sind völlig inakzeptabel: Für die Ukraine bedeuten sie Selbstaufgabe im Sinne der russischen Chiffren: „Entnazifizierung“ (Marionettenregime), „Entmilitarisierung“ (Festschreibung ihrer Wehrlosigkeit), „Befreiung“ (Vernichtung der ukrainischen Identität und Kultur), Neutralität (Vakuum als Einladung zum nächsten Angriff) – und die Hergabe von bisher noch nicht einmal vollständig eroberten Provinzen. Im noch freien Teil des Oblast Donezk liegt indes der „Festungsgürtel“ aus Städten und Feldbefestigungen, ein „Schlüsselgelände“, dessen Aufgabe die fast ungehinderte Fortsetzung des Angriffs über offenes Terrain in Richtung Kiew ermöglichen würde.

Und das leichtfertige Gerede im Westen über „unvermeidbare Gebietsabtretungen“ verkennt, dass es sich hier nicht um abstrakte Landstriche handelt, sondern um die Heimat von Millionen ukrainischer Menschen, deren äußerst brutale Russifizierung man in bereits besetzten Regionen mit Schaudern beobachtet: Mord, Vergewaltigung, Folterkeller, „Filtrationslager“, jede Art von Drangsalierung und Gehirnwäsche nicht zuletzt in den Schulen, Verschwindenlassen von Kommunalpolitikern, Deportation Zehntausender Kinder, deren Personalpapiere vernichtet werden und die mit russischen Namen an russische Familien oder Heime gegeben werden. Wenn sie alt genug sind, werden sie wohl in russische Uniformen gesteckt und müssen gegen ihr eigenes Volk kämpfen. Ein Terrorregime, das auf weitere Gebiete ausgedehnt werden soll.

Zwänge man die Ukraine zu deren Auslieferung, würden sich weitere Flüchtlingsströme nach Westen ergießen. Daher ist es eine gefährliche Illusion, die *de facto*-Anerkennung russischer Herrschaft über die beanspruchten Oblaste zu propagieren – bei endgültiger *de iure*-Regelung irgendwann in der Zukunft. Mit einer Konstellation, wie sie die deutsche Wiedervereinigung und die Wiederbefreiung der baltischen Staaten ermöglichte, ist wohl kein zweites Mal zu rechnen.

Für den Westen sind Putins Bedingungen inakzeptabel wegen der großen Wahrscheinlichkeit, dass nach einem Sieg oder faulen Frieden in der Ukraine Putin dort nicht haltmachen würde, wegen der Lehre, die andere Potentaten aus der Belohnung eines Aggressors ziehen könnten und wegen der ultimiativen Forderungen nach (implizit) einer Wiederauflage der Breschnew-Doktrin beschränkter Souveränität von Satellitenstaaten, die er im Dezember 2021 nahezu ultimativ Washington und der NATO übermittelt hat – ein Europa unter russischer Vorherrschaft.¹⁷

Immerhin brachten die Europäer, wenngleich wieder nur spät und reaktiv, eine Mäßigung der amerikanischen Bereitschaft zustande, die Ukraine zu einer Kapitulationsvereinbarung zu zwingen. Der „28-Punkte-Plan“ wäre dem gleichgekommen, als es noch hieß, Präsident Wolodymyr Selenskyj solle „sich bewegen, aber schnell“. Aber auch wenn über die abgemilderte, durch die europäische „Koalition der Willigen“ in Abstimmung mit der amerikanischen Seite erarbeitete 20-Punkte-Version westliches Einvernehmen besteht (wie lange wohl?), ist bis jetzt die Rechnung ohne die russische Seite gemacht.

Da sind hinsichtlich Waffenstillstand, gar Frieden, keinerlei Illusionen am Platz: Putin täuscht Verhandlungsbereitschaft nur vor, spielt auf Zeit, sieht sich auf der Siegerstraße in einem Abnutzungskrieg nicht zuletzt gegen Zivilisten. Er betrachtet Diplomatie als Teil der Kriegsführung, sein „Verhandeln“ ist

„Das leichtfertige Gerede im Westen über ‚unvermeidbare Gebietsabtretungen‘ verkennt, dass es sich hier (...) um die Heimat von Millionen ukrainischer Menschen handelt.“

Manipulation, er hält Präsident Trump zum Narren, nutzt Entgegenkommen als Schwäche aus und versteht selbst nur die Sprache der Stärke. Er schafft es immer wieder, die Ukraine und die Europäer als Friedens-Verhinderer darzustellen. Erobern auf dem Verhandlungsweg soll die mäßigen militärischen Fortschritte kompensieren.

In der internationalen Ukraine-Diplomatie ist eigentlich stets nur von Konzessionen des angegriffenen Landes die Rede. Aber gegen die Versuchung, Putin durch Entgegenkommen beschwichtigen zu wollen, muss nachdrücklich an das Appeal-Abkommen von München im September 1938 erinnert werden, in dem Hitler das tschechische Sudetenland zugestanden wurde. Premierminister Chamberlain proklamierte „Peace for our time“ und hätte fast den Friedensnobelpreis bekommen. Doch ein halbes Jahr später erfolgte die „Zerschlagung der Resttschechei“ und nach einem weiteren halben Jahr der deutsche Angriff auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg begann. Es heißt ja „Geschichte widerholt sich nicht, aber manchmal reimt sie sich.“¹⁸

Putin wird jedenfalls zu jeder Konzession nur bereit sein, wenn er das Scheitern seines Kriegs vor Augen hat. Wo sollte auch zwischen Vernichtungsabsicht und Überlebenswillen der „Kompromiss“ liegen? In russischen Medien hört man immer öfter, dass dieser Krieg nur enden wird, wenn Europa zerstört ist. Putin glaubt Trump von den „tieferen Gründen“ seines Feldzugs überzeugt zu haben (Ausdehnung der NATO). Aber die wirklichen root causes des Krieges bestehen aus russischer Sicht in der schieren Existenz einer eigenständigen Ukraine. Deren Präsident hat im Lauf der Monate immer wieder die Bereitschaft zu bestimmten Konzessionen erklärt, aber dabei sehr geschickt auf die Voraussetzungen etwa für Wahlen oder für einen haltbaren Waffenstillstand hingewiesen und somit Putins Intransigenz entlarvt.

„Es ist vordringlich, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die russische Führung einsieht, ihre Ziele nicht erreichen zu können.“

Ein „Zwei-Punkte-Plan“

Deshalb ist es vordringlich, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die russische Führung einsieht, ihre Ziele nicht erreichen zu können und endlich die Souveränität auch von Staaten im „nahen Ausland“ achten zu müssen. Nur die russische Niederlage wird einen nachhaltigen Frieden ermöglichen und auch in der russischen Gesellschaft ein Erwachen bewirken. Da „28-Punkte“- und „20-Punkte“-Pläne gegenseitig inakzeptabel sind, sollte man dem „Zwei-Punkte-Plan“ von Kaja Kallas folgen: die Ukraine weiter stärken, Russland weiter schwächen. Dazu muss endlich das Mantra, man werde der Ukraine helfen „so lange wie notwendig“, ergänzt werden durch „mit allem Erforderlichen“ und „zeitgerecht“. In dem Maße, in dem die konkrete amerikanische Hilfe ausfällt oder bezahlt werden muss, haben die Europäer die Mittel – aber auch politischen Willen, Mut, Risikobereitschaft und eigene strategische Vorstellungen? Mit solchen könnten sie Putin beeindrucken und vielleicht auch Trump.

Es gibt, zusammenfassend, viele Handhaben für die Europäer – autonom, als Partner anderer oder als Initiatoren – gegen Putin „andere Saiten“ aufzuziehen: Der verbrecherische Charakter dieses Angriffskrieges muss permanent und viel stärker angeprangert werden („naming and shaming“), auch im VN-Sicherheitsrat; diesen lediglich wegen des Abschusses eines Hyperschallraketen einzuberufen wirkt oberflächlich. Dort müssten im Übrigen die Nichtständigen Mitglieder als „E 10“ („elected“) gegenüber den P 5 („permanent“) mehr Selbstbewusstsein zeigen, zumal sich

an der Struktur des Rats trotz aller Reformbemühungen sicher nichts ändern wird. Eine profiliertere Anklägerrolle sollte auch die Generalversammlung spielen, deren Präsidentin ja als deutsche Chefdiplomatin eine Heroldin der wertebasierten Außenpolitik war.

Der Nimbus russischer Unbesiegbarkeit einschließlich der ständigen übertriebenen Siegesmeldungen muss entlarvt werden. Die Ukraine muss alle erforderlichen Waffensysteme ohne unzumutbare Beschränkungen erhalten. Schärfere Sanktionen und Maßnahmen zur besseren Verhinderung von Umgehung sind wichtig, wozu auch die beherzte Verwendung der eingefrorenen russischen Staatsgelder und härtere Maßnahmen gegen die „Schattenflotte“ gehören (letzteres unlängst von den USA mit Mut zum Risiko vorgemacht). Gas- und Ölimporte europäischer Länder in Russland müssen ganz aufhören, und jeglicher Einschüchterung durch Moskau sollte man sich widersetzen.

All das könnte auch Trump beeinflussen, der wohl allmählich einsieht, wie Putin ihn manipuliert und dass auf diesen der Druck erhöht werden muss. Vielleicht könnte er eines Tages auch folgende Einsichten würdigen lernen: Im Gegensatz zu Russland haben die USA über 30 freundschaftlich zugewandte Alliierte, und sollten sie sich dem Einflusssphären-Konzept verschreiben, würden sie auf globalen Einfluss tendenziell verzichten.

1 Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2007.

2 Kommentare zu Bischof Kramers Äußerungen in „die Kirche“ (Wochenzeitung der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz): Klaus Wittmann, Recht zur Selbstverteidigung: Nr. 11/20.3.2022; ders., Wer eskaliert im Ukrainekrieg? Nr. 9/25.2.2024; ders., Aufrüstung ist uns aufgezwungen: Nr. 41/5.10.2025.

3 Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2025. Nachfolgend werden einige Aussagen im Vorwort der Ratsvorsitzenden Bischofin Kirsten Fehrs paraphrasiert.

4 Wie zum Beispiel in der Morgenandacht des Deutschlandfunks am 16.1.2026: Pfarrerin Jasmin Jäger, Merz bei Gandhi: <https://www.deutschlandfunk.de/merz-bei-gandhi-100.html>.

5 Am 28.4. 2022 mit 586 (!) gegen 100 Stimmen. Vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw17-de-selbstverteidigung-ukraine-891272>.

6 In der Bürgerfragestunde beim Tag der Offenen Tür der Bundesregierung am 21. August 2022 hatte der Verfasser die Gelegenheit, den Bundeskanzler hierzu selbst zu befragen (etwa ab Minute 8): <https://video.bundesregierung.de/2022/08/22/ncx54a-source.mp4?download=1>

7 Margaryta Khvostova, Dmytro Kryvosheiev, Send in the Leopards: Why Western allies should deliver tanks to Ukraine. ECFR Commentary 20.1.2023

8 Am 22.2.2024 mit 382 gegen 284 Stimmen: Vgl. <https://www.dw.com/de/bundestag-weitreichende-waffensysteme-f%C3%BCr-die-ukraine/a-68341815>.

9 Klaus Wittmann, Im dritten Jahr nach der russischen Invasion: Die Ukraine und wir. Berlin: Aspen Institute Deutschland.; SPOT ON März 2024

10 Ders., Sehr deutsche Ausreden, Leitartikel. In DIE WELT vom 17.10.2022

11 Katja Gloger/ Georg Mascolo, Das Versagen. Eine investigative Geschichte der deutschen Russlandpolitik. Berlin: Ullstein 2025.

12 Siehe den Bericht über die Buchvorstellung in DIE WELT vom 13.1.2026: <https://www.welt.de/politik/ausland/article6966aa989f36d5bf769faab2/olaf-scholz-ich-bin-davon-ueberzeugt-dass-putin-seinen-angriff-zwei-jahre-vorher-fest-geplant-hatte.html>

13 So General a.D. Erhard Bühler in Folge 302 seines MRD-Podcasts 17.1.2026.

14 Siehe dazu die ausführlichen täglichen Berichte des Institute for the Study of War (ISW) „Russian Offensive Campaign Assessment“

15 Siehe Der Tagesspiegel vom 16.1.2026: <https://www.tagesspiegel.de/internationales/trump-macht-selenskyj-verantwortlich-putin-angeblich-zu-friedensdeal-bereit-die-ukraine-weniger-15140436.html>

16 Vgl. zur Sequenz von Vorschlägen und Treffen Joachim Krause, Trumps gescheiterter Friedensplan für die Ukraine. In: Europäische Sicherheit & Technik 01/26, S. 55–57.

17 Siehe die von Russland am 17.12.2021 übermittelten Entwürfe: „Treaty between The United States of America and the Russian Federation on security guarantees“ und „Agreement on measures to ensure the security of the Russian Federation and member states of the North Atlantic Treaty Organisation“

18 Mark Twain zugeschrieben.

Sicherheits-„Garantien“?

Und sollte es zu Waffenstillstand oder gar Friedensvertrag kommen, gilt es, in einem gerechten und dauerhaften Frieden eine Fortsetzung oder spätere Neuaufnahme der russischen Angriffe zu verhindern. Wie oben erwähnt, werden noch so starke ukrainische Streitkräfte dazu allein nicht imstande sein. Die derzeitigen Verhandlungen der westlichen Unterstützer (europäisch/kanadische „Koalition der Willigen“ untereinander und mit den USA) über „Sicherheitsgarantien“ für die Ukraine nach einem Waffenstillstand oder gar Friedensvertrag sind also so lange hypothetische „Glasperlenspiele“, wie Putin keinerlei Bereitschaft dazu zeigt oder auch nur irgendwelche Abstriche an seinen Zielen macht.

Andererseits gibt es viele problematische Aspekte, die „Showstopper“ sein können oder Moskau ein ewiges Hinauszögern von Vereinbarungen erlauben würden. Dazu gehört prinzipiell zunächst Moskaus Forderung nach „Sicherheitsgarantien für Russland“, und konkret folgendes:

Wie breit wäre eine „entmilitarisierte Zone“; wer zieht sich wie weit zurück? Moskau fordert ihre Verwaltung durch russische Nationalgarde und Polizei! Referenden in den „annektierten“ Oblasten lehnt es strikt ab, ganz zu schweigen von deren Voraussetzungen. Gäbe es Friedentruppen, von wem und mit welchem Mandat? Nur leicht bewaffnete Blauhelmsoldaten oder sogar OSZE-Beobachter? Natürlich müssten es Truppen mit robustem Auftrag aus NATO- und EU-Staaten sein, und zwar „on the ground“. Überwachung aus der Luft oder Stationierung in Nachbarstaaten wären unzureichend. Doch dazu hört man vom russischen Außenminister nur, solche Truppen würden für die russischen Streitkräfte „legitime Ziele“ sein. Wenn aber diese nicht durch präsente Kräfte von einem erneuten Angriff wirksam abgeschreckt bzw. daran gehindert werden, könnten sie in eine entmilitarisierte Zone in zwei Tagen einrücken – und wer wirft sie dann wieder hinaus?

Und wohl nicht allen, die von „Sicherheitsgarantien analog zu Artikel 5 des NATO-Vertrags“ schwärmen, scheint dessen Kern-

aussage präsent zu sein: Zwar wird ein bewaffneter Angriff gegen einzelne Alliierte als Angriff auf alle angesehen, aber der dann vorgesehene „Beistand“ ist der von den einzelnen Alliierten „für erforderlich erachtete“. Das Versprechen müsste also, wie in der NATO des Kalten Krieges, strukturell, planerisch und mit fest zugemessenen Kräften unterlegt werden. Sonst schmälert allein schon die Volatilität der US-amerikanischen Diplomatie die Glaubwürdigkeit der vermeintlich erreichten Bereitschaft zur – notwendigen – amerikanischen Mitwirkung.

Fazit: Ge- und Entschlossenheit der westlichen Unterstützer der Ukraine sind dringlicher denn je, Zeit ist eine Schicksalsfrage geworden, auch zur Wiederherstellung glaubwürdiger Abschreckung für die Sicherheit Europas. Die europäischen NATO-Mitglieder sollten weiter die USA bei der Stange zu halten versuchen, aber zunehmend eigenständig werden und nicht auf ewig wegen selbstverschuldeten Schwäche von den USA und den Laien ihres Präsidenten abhängig sein. Die Aufmerksamkeit für das Schicksal der Ukraine darf nicht hinter Brennpunkten wie Venezuela, Grönland und Iran zurücktreten.

Dies ist die erweiterte Fassung eines Aufsatzes, der ebenfalls zum 4. Jahrestag der russischen Invasion als „Spot On“ beim Aspen Institute Deutschland erscheint:
www.aspeninstitute.de



Brigadegeneral a.D.
Dr. Klaus Wittmann

lehrt Zeitgeschichte an der Universität Potsdam

Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite.



Sie finden uns unter unserem Namen
„Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.



Thomas Rachels Einsatz für Maria Kolesnikowa in Belarus hat sich gelohnt

Lucas Lypp, Journalist

„**U**nser politisches Engagement für die Achtung der Menschen- und Freiheitsrechte muss und wird weiter gehen“, sagt der Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel (CDU/CSU). „Menschenrechtsarbeit, überall auf der Welt, ist und bleibt dringlich und notwendig – gerade in diesen Zeiten der neuen Weltunordnung.“ Rachel hatte sich im Rahmen einer parlamentarischen Patenschaft für Maria Kolesnikowa aus Belarus eingesetzt, die kürzlich aus einer über fünfjährigen Haft freikam. „Free Maria“ ist endlich wahr geworden“, sagte Rachel zur Freilassung im Dezember: „Der Mut von Maria Kolesnikowa hat mich tief beeindruckt. Viele Jahre der Haft, Druck und haftbedingte schwere Erkrankungen liegen nun zum Glück hinter ihr.“

„Ikone der Demokratiebewegung“

Seit 2020 hatte der Bundestagsabgeordnete die Freilassung der Frau gefordert, die während des damaligen Präsidentschaftswahlkampfs in Belarus „zu einer Ikone der Demokratiebewegung geworden ist und dann angesichts ihres Erfolges von der Regierung in Minsk vor die Wahl gestellt wurde: abgeschoben oder inhaftiert zu werden“. An der Grenze hatte sie ihren Pass zerrissen. Ohne das Dokument konnte sie nicht ausgewiesen werden.

Nachdem Kolesnikowa sich in Belarus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stark gemacht hatte und zu einer immer strahlenderen Leitfigur geworden war, wollte die Regierung sie mundtot machen, nahm sie im August 2020 gefangen und ließ sie zu 11 Jahren Lagerhaft verurteilen.

Manipulierte Wahlen, massive Menschenrechtsverletzungen

Die Präsidentschaftswahlen in Belarus, sowohl 2020 als auch 2025, sind von internationalen Beobachtern als unfrei und manipuliert eingestuft worden. Das Auswärtige Amt schreibt: „Aufgrund massiver Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen der politischen Teilhabe entbehrten die Wahlen jeglicher demokratischer Legitimierung.“

Die friedliche Demokratiebewegung wurde von der Regierung des Machthabers Alexander Lukaschenko, einer „brutalen Willkürdiktatur“, so Rachel, „mit brachialer Härte“ niedergeschlagen. Das Regime gehe „mit präzedenzloser Repression gegen die Zivilgesellschaft und unabhängige Medien vor“ heißt es beim Auswärtigen Amt weiter. „Tausende, die sich im Rahmen der Proteste engagiert haben, wurden seit 2020 systematisch verhaftet. Menschenwürdige Haftbedingungen und auch die medizinische Versorgung von diesen politischen Gefangenen sind nicht gewährleistet.“ Auch Kolesnikowa wurde inhaftiert, Anklage gegen sie erhoben. Die, so Rachel, „willkürlichen und absurd“, Vorwürfe lauteten: Kolesnikowa gefährde die nationale Sicherheit, habe eine extremistische Organisation gegründet und an einer illegalen Machtübernahme gearbeitet. Es folgte ein Gerichtsprozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Brutale Haftbedingungen

Was Maria Kolesnikowa in der Lagerhaft erleiden musste, weiß Rachel aus verlässlichen Quellen der belarussischen Community in Deutschland und von Menschenrechtsorganisationen. So musste die Menschenrechtlerin lange Zeit in Isolationshaft verbringen. Ob Familie, Freunde oder Anwälte: Niemand bekam Zugang.

Zu den unwürdigen und brutalen Haftumständen kam hinzu, dass Kolesnikowa während der Haft erkrankte und operiert werden musste. „Was all das mit einem Menschen macht, kann man sich kaum vorstellen“, so der christdemokratische Außenpolitiker, der sich im Lauf seines politischen Weges konstant für Menschenrechte stark gemacht hat.

Welle der Sympathie und Unterstützung in Deutschland

Schnell sei es damals in Deutschland zu einer Welle der Sympathie und großen Unterstützung für Kolesnikowa gekommen, erinnert sich Rachel.

Über seine Patenschaft als Bundestagsabgeordneter hinaus habe er als Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU eine Unterschriftenaktion initiiert, die die bedingungslose Freilassung Kolesnikowas und aller anderen politischen Gefangenen in Belarus forderte. „Es war motivierend zu sehen, wie viele Menschen mitgemacht haben.“

Viele hätten verstanden, dass man Menschen wie Kolesnikowa, die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einsetzen, unterstützen muss. Nicht nur weil es ein Gebot sei, zu helfen. Sondern, weil man damit auch die eigene Freiheit bewahren helfe, wirkten doch Dinge, die anderswo in der Welt passieren, früher oder später auf uns zurück.

Patenschaft als Lebensversicherung gegen das Vergessen

„Unser aller Einsatz für Maria hat Wirkung gezeigt“, so Rachel, der bei der letzten Bundestagswahl erneut das Wahlkreismandat in Düren in der Eifel gewonnen hat. „Diese öffentliche Aufmerksamkeit, zu der ich beitragen konnte, ist für einen aus politischen Gründen inhaftierten Menschen wie eine Lebensversicherung.“

Der Menschenrechtspolitiker bezeichnet die offene Unterstützung für politische Gefangene auch als Kampf gegen das Vergessen. „Das Schlimmste, das es für Inhaftierte gibt, ist, dass sie von der Welt vergessen werden. Mit einer Patenschaft, aber auch mit Briefen und Unterschriften, stellen wir sicher, dass sie nicht vergessen werden.“

Überraschende Freilassung

Man habe die Freilassung Kolesnikowas vehement und vielstimmig gefordert und Druck auf die Führung in Minsk ausgeübt. Dass diese im Rahmen eines Deals zwischen der US-Regierung und der Regierung in Minsk im Dezember 2025 freigelassen würde, sei eine Überraschung gewesen.



„Das Patenschaftsprogramm des Bundestages hat seinen Anteil daran, dass Kolesnikowa nun frei ist“, zeigt sich Rachel überzeugt. „Allein die Tatsache, dass sich ich mich als Abgeordneter für sie einsetze, hat daraus einen offiziellen Menschenrechtsfall gemacht, um den die deutsche Politik sich kümmert.“

Höchstmaß an Authentizität und Glaubwürdigkeit

Kolesnikowa habe sich ein „Höchstmaß an Authentizität und Glaubwürdigkeit bewahrt, als sie in eine besonders unbarmherzige Welt der Politik gespült wurde“, findet Rachel. Als Flötistin in einem Orchester in Stuttgart sei sie zuvor einer ganz normalen Beschäftigung nachgegangen.

Dann erst sei sie zu einer Symbolfigur der Demokratiebewegung geworden, nachdem sie sich dazu berufen gefühlt habe, ihren Landsleuten bei ihrem Kampf um die Freiheit in Belarus zu helfen.

Fasziniert, aber auch schockiert, habe ihn, was mit Maria Kolesnikowa passiert sei: ihr Entschluss, ihrem Land zu helfen, sowie, dass sie nach ihrem Einsatz für die Demokratiebewegung festgenommen und inhaftiert worden sei.

Das nötige einem „mehrfaichen Respekt“ ab. Anfang 2021 habe daher sein Entschluss schnell festgestanden: „Da kann ich nicht tatenlos zusehen.“

Beeindruckender Wille zur Freiheit

Ihr unbedingter Wille zur Freiheit habe Kolesnikowa die Zeit des Straflagers überstehen lassen, sagt Rachel. Es sei sehr schwer gewesen für ihre physische, nicht aber für ihre psychische Gesundheit, sagte Kolesnikowa in einem Interview der Tagesshemen nach ihrer Freilassung. „Innen war ich immer frei.“

Damit erweise sie sich als „ganz starke Persönlichkeit“, zeigt sich Rachel beeindruckt. „Ihr wurde ja alles genommen, selbst der Kontakt zu den nächsten Angehörigen. Aber sie hat sich in dieser schwierigen Zeit ihre Freiheit bewahrt. Sie ist aufrecht geblieben. Insofern ist sie ein leuchtendes Vorbild für die Demokratiebewegung.“ 2022 wurde Kolesnikowa dafür mit dem Aachener Karlspreis ausgezeichnet.

Demokratiebewegung braucht weitere Unterstützung

Angesichts der Freilassung Kolesnikowas empfinde er „große Erleichterung“, so Rachel, „weil sie lebt.“ Die Bundesregierung habe sich entschieden, sie in Deutschland aufzunehmen. Die Demokratiebewegung in Belarus brauche jedoch weitere Aufmerksamkeit. „Die Menschen in Belarus haben Anspruch auf Freiheit und Demokratie.“ Trotz der jüngsten Freilassungen gebe es dort immer noch mehr als 1.000 politische Gefangene.

Die Aufgabe bleibe, sich um diese zu kümmern und Druck auf die Regierung in Minsk auszuüben, erklärt der CDU-Politiker, der dem Auswärtigen Ausschuss angehört. „Wir werden die schockierende Repression und Gewalt weiter kritisieren und die

Einhaltung von Menschenrechten auch in Belarus einfordern.“ Sein Engagement für Maria Kolesnikowa sei zugleich immer eines für die politisch Inhaftierten insgesamt.

Arbeit gegen das Vergessen, für eine regelbasierte Ordnung

„Das drohende Vergessen“ sei für ihn der treibende Faktor, sich für politische Gefangene einzusetzen, betont Thomas Rachel. Wer zu Unrecht drangsaliert oder eingesperrt werde, dem müsse „durch Aufmerksamkeit geholfen werden“.

Die Menschenrechtssituation sei in vielen Ländern schwieriger geworden. Es gebe mehr autoritäre Regierungen. „Die Schamlosigkeit hat massiv zugenommen. Diktaturen scheren sich nicht um Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.“ Verfolgte seien überall in Gefahr.

Umso mehr gelte es, den Menschenrechten weltweit Gelting zu verschaffen und sich für eine regelbasierte internationale Ordnung stark zu machen. Als demokratisch gewählter Abgeordneter müsse man „erst recht seine Stimme erheben“, findet der Rheinländer.

Besondere Verantwortung Deutschlands

Eine Patenschaft bedeute Verantwortung gegenüber einem Schutzsuchenden, schaffe aufgrund ihres offiziellen Charakters Verbindlichkeit und lenke Aufmerksamkeit auf den Fall. Was für eine Wirkung der parlamentarische Einsatz entfalte, hätten zahlreiche Fälle des PsP-Programms des Bundestages gezeigt.

Auch als Beauftragter der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit stehe er für eine wertebasierte Außenpolitik, unterstreicht Rachel den Stellenwert der Menschenrechte. Außenpolitik und Diplomatie müssten immer darauf zielen, im Gespräch zu bleiben um etwas erreichen zu können. Interessen und Werte seien zwei Seiten derselben Medaille. „Das schafft Gelegenheiten, um das andere anzusprechen.“

Wichtigste Motivation für sein Engagement sei sein christliches Menschenbild, sagt Thomas Rachel: „Jeder Mensch ist einzigartig, jeder hat eine von Gott gegebene Menschenwürde und muss, egal wo auf der Welt, die Möglichkeit haben, sich frei zu entfalten und frei seine Meinung zu äußern.“

Es komme hinzu, „dass wir in Deutschland für ein Schicksal wie das von Maria Kolesnikowa besonders sensibel sein müssen.“ Aus den beiden totalitären Diktaturen im eigenen Land resultiere eine „besondere Verantwortung gegenüber Menschen, denen es nicht gut geht“.

**Dieser Artikel ist im Webangebot
des Deutschen Bundestages erschienen:
[www.bundestag.de/dokumente/
textarchiv/2026](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026)**

Klimaschutz bewahrt Gesundheit und Lebensqualität auch der älteren Generation

Warum sollten sich evangelische Christen in der CDU mit dem Thema Klimaschutz und vor allem mit den Folgen der Klimaveränderungen für die ältere Generation beschäftigen? Aus mindestens zwei Gründen. Zum einen, weil der CDU, die sich bei ihrem politischen Handeln am christlichen Menschenbild orientiert, die Bewahrung der Schöpfung am Herzen liegt. Dazu gehört der Schutz der Umwelt, des Klimas und des Lebens. Zum anderen, weil auch die Bibel die Verantwortung des Menschen für die Schöpfung betont: „Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist, der Erdkreis und die darauf wohnen.“ Dieser Psalm 24,1 unterstreicht somit die Verbundenheit von Menschen und Natur und die Bedeutung der Bewahrung der Schöpfung.

Hitze tötet mehr Menschen als der Straßenverkehr

Mitte Juli 2025 wies die „Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V.“ (KLUG) darauf hin, dass Hitze das größte klimabedingte Gesundheitsrisiko in Deutschland darstellt. Sie führte weitergehend dazu aus, dass in Zukunft längere und intensivere Extremhitzeereignisse wie Hitzeglocken auftreten werden, die zu deutlich mehr Krankheitsfällen und hitzebedingten Sterbefällen führen können. Eine aktuelle Analyse des Centre for Planetary Health Policy (CPHP) und von KLUG zeigt in diesem Zusammenhang auf, dass die Zahl der Hitzetoten die Zahl der Verkehrstoten in Deutschland überschreitet¹. So schätzte das Robert Koch-Institut (RKI) die Zahl der hitzebedingten Todesfälle im Sommer 2024 auf 3.000, während im gesamten Jahr 2024 2.780 Todesfälle durch Verkehrsunfälle zu verzeichnen waren².

Große Hitze – keine Teilhabe

Die negativen Folgen von länger anhaltender Hitze werden sich also in Zukunft verstärken. Insbesondere ältere Menschen sowie Menschen mit Vorerkrankungen werden dann einem erhöhten gesundheitlichen Risiko ausgesetzt, mit der Folge, dass ihre Gestaltungsfreiraume eingeschränkt werden. Aber es werden nicht nur die gesundheitlichen Risiken für die ältere Generation zunehmen. Hitzewellen werden die Möglichkeiten zur aktiven gesellschaftlichen Teilhabe für alle einschränken. Denn Aufenthalte im städtischen Umfeld, Parkbesuche oder Treffen mit Freunden werden dann schwieriger bis unmöglich.

Hitzeschutz ist Pflicht – Ältere Generation darf nicht im Stich gelassen werden

Im Juli 2025 sprach sich auch die Senioren-Union (SU) ange-sichts der immer häufigen auftretenden extremen Hitzewellen für einen gezielten Schutz für ältere Menschen aus. „Wer weiter



zögert, gefährdet Menschenleben“, mahnte in diesem Zusam-menhang der ehemalige kommissarische Bundesvorsitzende Helge Benda³. Konkret gefordert werden von der SU Notfall-pläne und Warnsysteme sowie koordinierte Versorgungsnetzwerke und vor allem verbesserte Betreuungskonzepte in Pflege-heimen, Pflegediensten und in der häuslichen Pflege. „Es darf nicht sein, dass Pflegeheime bei 35 Grad nur Ventilatoren aufstellen, während Bewohner darin dehydrieren“, so Benda. Neben besseren Bedingungen in Einrichtungen tritt die Senioren-Union auch für städtebauliche Maßnahmen ein: mehr Grünflächen, schattenspendende Bäume und kühlende Wasserflächen – beson-ders in sozial benachteiligten Stadtteilen.

Appell: Regierungs-Kommissionen aktiv nutzen

Weil sich das Klima verändern und dies sich unmittelbar auf die Gesundheit der Menschen auswirken wird, müssen wir als Christ-demokratinnen und Christdemokraten alle Chancen aktiv nutzen, um die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschen zu reduzieren. Eine gute Möglichkeit zur akti-ven Mitgestaltung haben die Bundestagsabgeordneten der CDU in den Regierungs-Kommissionen, zum Beispiel in der „Bund-Länder-Kommission Pflegereform“ oder in der Kommission zur GKV-Reform. In beiden Kommissionen darf es nicht nur um die Hebung von Effizienzreserven, Einsparungen oder mehr Eigen-verantwortung gehen, sondern es muss um verbesserte Betreuungskonzepte in Pflegeheimen, Pflegediensten und in der häusli-chen Pflege gehen, damit gerade für ältere und chronisch kranke Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gesichert werden kann. Den gesetzlichen Krankenkassen sollte es zudem ermöglicht werden, einerseits die Menschen mit gezielten Präventionsangeboten zu unterstützen, eine klimasensible Gesund-heitskompetenz zu entwickeln. Andererseits sollten Aspekte der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes im Zusammenwirken von Ärzten, Apotheken, Pflegediensten und Krankenhäusern mehr Bedeutung bekommen.

Dirk Bürger

¹ www.klimawandel-gesundheit.de/analyse-zeigt-hitzetote-in-europa-uebersteigen-verkehrstote-um-mehr-als-das-doppelte

² cphp-berlin.de/wp-content/uploads/2025/07/CPHP_Think_Piece_01_2025.pdf

³ www.senioren-union.de/artikel/hitzeschutz-ist-pflicht-aeltere-generation-darf-nicht-im-stich-gelassen-werden

Wenn apokalyptische Kriegsängste wachsen

Wie gehen Theologie und Kirche mit der Herausforderung um?

Prof. Dr. Werner Thiede

Verschreckt sind Politik und Bevölkerung nach mehreren Wellness-Jahrzehnten in einem Zustand aufgewacht, den Zeitdiagnostiker übereinstimmend so beschreiben: Wir sind nicht mehr im Frieden, aber auch noch nicht im Krieg. „Der hybride Krieg gegen Deutschland und die Zerstörung der westlichen Zivilisation“ heißt ein neues Buch von Gerhard Wisnewski. „Kommt der Krieg auch zu uns?“ fragte kürzlich die Illustrierte „stern“ auf ihrem Cover (Nr. 44). Auch der „Spiegel“ brachte neulich „Die neue Kriegsangst“ aufs Titelblatt. Und das Magazin „Focus“ sprach mit Blick auf die militärischen Möglichkeiten vom „Arsenal der Apokalypse“. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat diesen Sommer zurecht eine „mediale Dauerapokalypse“ diagnostiziert. Inzwischen wird die Lage tatsächlich immer ernster, und die sich ausbreitende Panik drückt sich in dem Umstand aus, dass Edelmetallpreise einen Rekord nach dem andern erklimmen.

Doch nicht nur im Westen, wo ein so mächtiger Hightech-Vordenker wie Peter Thiel in apokalyptischen Farben denkt, sondern auch im Osten wachsen apokalyptische Ängste heran. So steht Putins Haus- und Hof-Philosoph Alexandre Dugin zufolge im Falle der Weiterentwicklung der jetzigen Zustände eine apokalyptische Katastrophe zu erwarten. Alle Phänomene deuten laut Dugin auf das Ende eines langen historischen Zyklus hin, das mit dem Niedergang der westlichen Welt in den Selbstmord der menschlichen Gattung münden werde. In den russischen Medien, insbesondere in Talkshows, wird oftmals propagandistisch ein künftiger atomarer Angriff Putins auf den Westen thematisiert. Carlo Masala bestätigt als Professor an der Bundeswehr-Universität München: „Russland bereitet sich auf einen großen Krieg vor.“

Voriges Jahr verband Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius seine aufsehenerregende Forderung, Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden, mit der Perspektive, Russland könnte 2029 angreifen. Im ersten Monat des neuen Jahres warnten dann Geheimdienste vor einem denkbaren russischem Angriff bereits ab 2028. Im Sommer erklärte der damalige polnische Regierungschef Donald Tusk nach einem Treffen mit dem Chef der US-Streitkräfte in Europa, Alexus Gregory Gryniewich, Russland und China könnten bereits 2027 soweit erstarkt sein, koordiniert eine Konfrontation mit der NATO und den USA zu suchen. Und kürzlich spitzten die deutschen Geheimdienstchefs ihre Analysen noch weiter zu, eine Eskalation sei jederzeit möglich; der neue Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Martin Jäger erklärte: „Wir dürfen uns nicht zurücklehnen und denken, ein russischer Angriff kommt frühestens 2029. Wir stehen schon jetzt im Feuer.“ Das bestätigte in der ersten November-Woche Generalleutnant Alexander Sollfrank als Chef des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr: Ihm zufolge „ist bereits heute Russland zu einem regional begrenzten Angriff auf das Nato-Territorium befähigt.“

Dementsprechend wachsen die Kriegsängste. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe rief kürzlich zu privater Vorsorge auf. Und so verwundert es kaum, dass die Besorgnisse zunehmend „apokalyptische“ Farben annehmen.

Haben nicht zudem andere Faktoren wie die Klimakrise oder die Gefahren durch eine immer gefährlicher erscheinende Künstliche Intelligenz Weltuntergangsängste gefördert?

Dies alles fordert die theologische Wissenschaft heraus, aktuell Stellung zu beziehen. Der biblische Begriff Apokalypse bedeutet wörtlich „Offenbarung“, ist hierzulande allerdings ebenso verweltlicht wie großenteils unsere gesamte westliche Kultur. Näher betrachtet, lässt sich Apokalyptik freilich keineswegs auf den Aspekt des Untergangs beschränken. Vielmehr hatte der Begriff von seiner biblischen Herkunft her immer schon zwei Seiten: den der Verlorenheit, des Endgerichts und der drohenden Vernichtung einerseits wie den der Schaffung eines neuen Himmels und einer neuen Erde, des universal und endgültig kommenden Gottesreichs andererseits.

Von daher ist Apokalyptik in der theologischen Debatte der beiden letzten Jahre wieder verstärkt in den Blick kommen. Die postmodern gängig gewordenen Reden vom „leeren Himmel“ (Heinz Zahrnt) und von „nachmetaphysischem Denken“ (Jürgen Habermas) weichen derzeit neuen Fragehorizonten. Wo das Sein der Welt seine Selbstverständlichkeit verliert und ins Wanken gerät, bieten sich verschärft Antworten hinsichtlich eines letzten Abgrunds oder aber eines letzten Sinns an. Letzteres drückt sich aktuell in Peter Seewalds neuestem Buch aus: „Die Entdeckung der Ewigkeit. Wenn der Himmel keine Utopie ist, verändert sich alles“. Mit dem Sichtbarwerden apokalyptischer Horizonte geht es zunehmend ums Ganze, um alles oder nichts. Die Spaßgesellschaft hat ausgespielt – oder sie spielt im Gegenteil umso mehr weiter, je verzweifelter sie die düster gewordene Realität zu verdrängen sucht.

Verdrängung ist tatsächlich das Soziologen seit hundert Jahren bekannte Modell im säkularen Umgang mit den Ängsten vor der existenziellen Bedrohung durch die garantie Sterblichkeit. Wo an keine Transzendenz geglaubt, kein Jenseits des Todes erhofft wird, dort bleibt psychisch kaum viel anderes übrig als eine kräftige Tabuisierung des Todes und drohender Vernichtung. Solche Verdrängungen in Gesellschaften, in denen religiöse Hoffnungsperspektiven weithin geschwunden sind, ist erwiesen. Der Psychoanalytiker Ernest Becker hat schon vor Jahrzehnten gezeigt, dass „die Furcht vor dem Tode ein universelles Phänomen“ ist und Menschen „wie nichts sonst“ prägt, ja als maßgeblicher Faktor in seiner Kulturbildung wirksam wird. Dies gilt nun aber potenziert im Blick auf die existenzielle und

„Wo das Sein der Welt seine Selbstverständlichkeit verliert und ins Wanken gerät, bieten sich verschärft Antworten hinsichtlich eines letzten Abgrunds oder aber eines letzten Sinns an.“

gesellschaftliche Bedrohtheit durch Weltuntergangsängste. Diesbezüglich ist der im Kontext des Ukraine-Kriegs von ExKanzler Olaf Scholz kreierte Begriff der „Zeitenwende“ verrätrisch, natürlich ein durchschaubarer Versuch, die apokalyptisch gefärbte Stimmungslage aufzuhellen, indem er aufkommende Untergangsvorstellungen relativiert durch die Assoziation einer bloßen Wendezeit. Das ist ein durchaus gängiger philosophischer oder auch esoterischer Versuch des Umgangs mit apokalyptischen Ängsten: Man remythologisiert sie in dem Sinne, dass ein Untergang nicht zu tragisch zu nehmen sei, weil ihm je und je wieder ein neuer Aufgang folge; es gehe lediglich um einen Wechsel von Zeitaltern, nicht wirklich um Weltuntergang, um einen Perspektivenwechsel, aber nicht um Umkehr. Damit aber wird das existenziell und spirituell herausfordernde „Alles oder nichts“ herabgedimmt: Es bleibt bei Horizonten der Immanenz; transzendentale Aspekte kommen dementsprechend in den aktuellen Debatten wenig vor. Apokalyptische Farben verkommen zu bloßen Stilmitteln, statt den Ernst der Lage angemessen zu illustrieren. Politik rechnet im Osten wie im Westen kaum noch mit der Macht des Ewigen, mit dem kommenden Endgericht und Vollendungshandeln Gottes, von dem das Neue Testament redet. Mit dem Abblenden letzter Sinn-Antworten aber fördert man gewollt oder ungewollt nihilistische Handlungsorientierungen.

Der katholische Theologe Gregor Taxacher hat 2012 in einem Buch die These entwickelt, dass Theologie und Kirche in früheren Zeiten gern apokalyptisch gedacht und geredet haben, als die Dinge doch noch überschaubar waren, während sie heutzutage im Angesicht der tatsächlich global drohenden Apokalypse zum Thema weithin schweigen. Ist solches Schweigen nicht Ausdruck eines auch innerkirchlich wirksamen Verdrängungsmechanismus? Eigentlich sollten Theologie und Kirche aufgrund ihrer apokalyptisch nicht verkürzten, sondern betont hoffnungsvollen Perspektive am ehesten in der Lage sein, die ernste Bedrohungslage

der heutigen Menschheit gedanklich einigermaßen angstfrei zu konfrontieren und zu reflektieren. Aber wie Taxacher richtig gesehen hat, ist da ein merkwürdiger Ausfall zu beobachten. Tatsächlich ist moderne Theologie genau dort, wo sie den apokalyptischen Aspekt „entmythologisiert“ und wegrationalisiert hat, „liberale Theologie“ geworden. Und insofern damit erweist sie sich als ziemlich sprachunfähig in einer Gesamtsituation, die ihre kompetente Stimme dringend nötig hätte.

Theologie und Kirchen sollten heutzutage Politik und Gesellschaft keinesfalls Philosophen, Esoterikern oder Sekten überlassen, sondern sich an die Einsicht des namhaften Theologen Wolfhart Pannenberg erinnern: „Mögen die apokalyptischen Vorstellungen vom Weltende auch in vielen Einzelheiten hinfällig sein, so könnten doch ihre Grundzüge, die Erwartung einer Auferstehung der Toten in Verbindung mit Weltende und Endgericht, auch für uns wahr bleiben.“ Ein 2024 erschienener Sammelband mit dem Titel „Apokalypse – ja bitte?“ hat sich immerhin den aktuellen Herausforderungen zu stellen versucht. Gleich in der Einleitung formuliert Herausgeberin Simone Ziermann als Leitfrage: „Ist die Attraktivität endzeitlicher Motive eine missionarische Chance für die Kirche, die bisher noch zu wenig genutzt wird?“ Am Schluss des Bandes tendiert sie in ihrem Resümee, das Endzeitvorstellungen in der Überschrift durchaus noch als „missionarische Ungelegenheit“ bezeichnet, tatsächlich doch zu einer positiven Beantwortung der Ausgangsfrage: Die Bedeutung endzeitlicher Vorstellungen für Kirche und Theologie heute liege darin, „dass sie wichtige Kernbestände des christlichen Glaubens und der christlichen Theologie ins Bewusstsein ruft.“ Es geht Ziermann zufolge darum, apokalyptische Stimmungen christlich zu deuten und gleichsam „zu taufen“. Heute, kaum zwei Jahre später sind die einschlägigen Herausforderungen an Theologie und Kirche noch weiter gewachsen, und es ist höchste Zeit, dass sie das realisieren.

Aus unserer Arbeit: EAK in Baden-Württemberg

David Müller als EAK-Landesvorsitzender wiedergewählt

Evangelischer Arbeitskreis der CDU wird in Kirche und Politik gut wahrgenommen

Bei der Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) Baden-Württemberg in Ludwigsburg wurde **David Müller** aus Winnenden als Landesvorsitzender wiedergewählt. Am Ende eines ereignisreichen Tages sagte der 50-jährige Familienvater: „Ich freue mich auf zwei weitere Jahre mit einem dynamischen und jungen Team.“

Wenn Pfarrer und Politiker sich begegnen und miteinander über Gott und die Welt sprechen, dann ist es meist ein untrügliches Zeichen dafür, dass der EAK in der CDU/CSU eingeladen hat. Beim Landestag in Ludwigsburg sprachen der Ludwigsburger **Pfarrer Tobias Becker** genauso wie die Spitzenkandidatin der Südwest-CDU für das Europaparlament, **Prof. Dr. Andrea Wechsler** über die Herausforderungen der Politik und die Orientierung, die der christliche Glaube dabei bietet. Auch zwei Kirchenräte waren, gemeinsam mit dem bekannten **Schaustellerpfarrer Johannes Bräuchle**, mit von der Partie: **Kirchenrätin Arngard Uta Engelmann** (Beauftragte beider Evangelischen Landeskirchen bei Landtag und Landesregierung) und der **Kirchenrat a.D. Dr. Werner Schmückle** nahmen an den lebhaften Diskussionen teil. Es ging um Europa, Israel, Lebensschutz

am Anfang und Ende des Lebens, Prostitution und Klimaschutz in Verantwortung vor Gott.

Wie zufrieden die CDU mit dem EAK, ihrer größten Vereinigung ist, das konnte man anschließend von dem **Vize-Fraktionsvorsitzenden Steffen Bilger MdB** aus Ludwigsburg hören. Der EAK hätte sich sehr gut in die Erstellung des neuen Grundsatzprogramms der CDU eingebracht, das im nächsten Jahr veröffentlicht wird.

Der EAK blickt auf erfolgreiche Jahre unter der Leitung des Landesvorsitzenden David Müller zurück. Neben der **Grundsatzkommission**, die Stellungnahmen zu aktuellen Themen unter der Maßgabe des christlichen Menschenbildes für die CDU erarbeitet, sind vor allem die **Anträge für den Lebensschutz** (Beibehaltung §218) und die Einführung des sog. Nordischen **Modells – das Verbot, Sex zu kaufen** (gemeinsam mit der Frauen Union) zu nennen.

Bei der anschließenden Wahl zum neuen Vorstand wurde sichtbar, welch große Kompetenz und politische Erfahrung dort vertreten ist. Der neue Vorstand ist deutlich jünger und weiblicher als der vorige Vorstand.

Jens Wätjen



Alexander Dietz, Harald Seubert, Hans Schwarz (Hg.)
**Digitale Realutopien und christliche Heilserwartung –
Spannungsfelder heutigen Glaubens**
Festschrift für Werner Thiede
LIT Verlag, Berlin 2025
ISBN 978-3-643-14845-2 (br.)
ISBN 978-3-643-14845-6 (PDF)
Softcover, 618 Seiten, 49,90 EUR



Werner Thiede
**Monolog der Religionen? – Zur Resilienz der
Wahrheitsfrage im interreligiösen Dialog**
LIT Verlag, Berlin 2025
ISBN 978-3-643-15653-2 (br.)
ISBN 978-3-643-15653-6 (PDF)
Softcover, 315 Seiten, 29,90 EUR

Werner Thiede, Pfarrer i.R. der Ev.-Luth. Landeskirche in Bayern, apl. Prof. für Systematische Theologie an der Universität Erlangen-Nürnberg, Publizist und sowohl Autor zahlreicher Beiträge in der „Evangelischen Verantwortung“ (EV) als auch ehemaliger EAK-Gastreferent des 14. Berliner Theologischen Gespräches (2004) gehört zu den mittlerweile leider etwas rarer gesäten zeitgenössischen evangelischen Theologen, die, noch auf der festen Grundlage des lutherischen Bekenntnisses stehend, mit klarem und zugleich kritisch-klugem Blick auf wichtige Strömungen, Themenfelder und Probleme in Kirche, Theologie und „Zeitgeist“ schauen, die im kirchlich-theologischen „Mainstream“- Betrieb ansonsten wohl eher unbeachtet und unbearbeitet blieben. Deshalb lesen sich seine Beiträge stets gewinnbringend und sind ungemein horizontweiternd.

Für Werner Thiede, den ich als Student in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts an der Heidelberger Ev. Theologischen Fakultät kennen lernen durfte und seitdem sehr schätze, gibt es nun eine Festschrift aus Anlass seines – man glaubt es kaum – schon 70. Geburtstages (2025), die den Jubilar mit 26 interdisziplinären Beiträgen ehrt und den bezeichnenden Untertitel „Spannungsfelder heutigen Glaubens“ trägt. Der voluminöse Aufsatzbund beinhaltet – anders als der Obertitel vielleicht auf den ersten Blick vermuten lässt – nicht nur die Herausforderungen durch „Digitale Realutopien“, sondern auch drei weitere Hauptthemenkreise, nämlich „Christliche Heilserwartung und Gottesvorstellungen“, „Historische und exegetische Studien“ sowie Fragen zur „Gemeindepraxis“. Zu den Autoren zählen renommierte Theologen wie z.B. Gunther Wenz, Hans G. Ulrich, Peter Zimmerling (Leipzig), Jörg Frey (Zürich), Altbischof Gerhard Müller (†), Hans Schwarz und Rainer Riesner (Dortmund). Gefreut habe ich mich auch, dass Klaus Baschang, jahrelang kooptierter Beisitzer im EAK-Landesvorstand in Baden-Württemberg, kluger Ratgeber und treuer Weggenosse des EAK und ebenfalls Autor zahlreicher Beiträge in der EV, ebenfalls einen Beitrag beigesteuert hat („Theologische Gemeindefragen, S. 517–532“). Trotz, oder besser gesagt gerade wegen dieses breiten und bunten Themenspektrums ist diese Festschrift hochinteressant, instruktiv und – aufgrund der Vorzüglichkeit und Tiefgründigkeit der Beiträge – ungemein inspirierend (und übrigens auch für theologische „Laien“ gut lesbar).

Das zweite, ebenfalls sehr zu empfehlende Buch ist ein neu aufgelegter Aufsatzbund von Werner Thiede zum Thema des interreligiösen Dialoges mit dem Titel „Monolog der Religionen?“ (ehemals „Die Wahrheit ist exklusiv“, 2014). Thiede macht darin deutlich: „Die postmoderne These vom relativierenden Pluralismus der Wahrheiten weicht immer mehr der Einsicht, dass sich die Wahrheitsfrage keineswegs vergleichsgültigen lässt – weder philosophisch noch theologisch.“ Bei dieser erweiterten und neu aufgelegten religionstheologischen Aufsatzzammlung geht es neben den Erörterungen zu den Hintergrundfragen des interreligiösen Dialoges auch um den „Streit um die Wahrheit an Beispielen konkreter Religiosität“ (z.B. „Kann Islamismus als Religion terroristische Haltungen begründen?“ oder „Politikgestaltung zwischen Gottesstaat und Laizismus“).

Die „Theologische Literaturzeitung“ zieht mit Recht das Fazit, das zugleich die höchste Würdigung dieses Buches und seines Autoren darstellt: „Auch Politiker und Multiplikatoren können sich hier höchst kompetent informieren! Thiede, einer der produktivsten Theologen seiner Generation, hat seinem Oeuvre einen weiteren wichtigen Baustein hinzugefügt.“ Dem ist nichts hinzuzufügen: Absolut empfehlenswert!

Christian Meißner

Empfehlung *****

Meinungen und Informationen
aus dem Evangelischen Arbeitskreis
der CDU/CSU

Herausgeber

Thomas Rachel, Henning Aretz,
Barbara Becker, Dr. Burkhard Budde,
Christine Lieberknecht, David Müller

Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducu.de

Spenden-Konto

Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren

Thomas Rachel MdB
Dr. Klaus Wittmann
Lucas Lypp
Dirk Bürger
Prof. Dr. Werner Thiede
Jens Wätjen
Christian Meißner

Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

Fotonachweis

Titelbild © istock/Jakub Laichter
S. 2 © Tobias Koch
S. 3 © istock/Maximilian Clarke
S. 5 © istock/Joel Carillet
S. 6 © istock/puhimec
S. 9 © WELT
S. 11 © Deutscher Bundestag/
Stella von Saldern
S. 12 © istock/oatav
S. 16 © istock/Rocter

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.
Papier: 100 % chlorfrei

Besuchen Sie uns auf unserer facebook-Seite!

Druckprodukt mit finanziellem Klimabeitrag
ClimatePartner.com/11854-2601-1004

Meditation



Den Alten war noch jede Form von Neuerung (lat.: *novitas*) in chronischer Weise suspekt. Bei den Römern war diese – modern ausgedrückt – „strukturkonservative“ Grund-Haltung – von Politik über Kultur bis hin zur Religion – ganz besonders ausgeprägt. Schon Horaz versteht dies humorvoll zu karikieren, wenn er aus der selbstbewussten Perspektive der elaborierten Dichtkunst heraus zeitkritisch anfragt: „Wenn nun auch den Griechen das Neue so verhasst gewesen wäre wie uns, was hätten wir denn jetzt überhaupt, was wir als Altehrwürdiges verehren könnten?“ Deshalb: Neues muss, soll und will auch bei uns immer wieder werden! Diese Lektion gilt – in wohlverstandener Weise – gerade auch für das verantwortliche Leben des Christenmenschen im Hier und Jetzt und erst recht in Zeiten, die uns wieder ungemütlicher, bedrohlicher und entmutigender erscheinen. Die christliche Hoffnungsbotschaft ist nicht die rückwärtsgewandte Fixierung irgendeines Alten, nur weil es alt ist, sondern – ganz im Gegenteil – die lebendige und sich stets erneuernde Nachfolge Christi: ER ist die Wahrheit, der Weg und das (neue) Leben, an dem wir uns immer wieder ausrichten sollen.

Und wären auch die Väter und Mütter unseres Glaubens – in allen Epochen und Zeiten der Kirchengeschichte – nicht aus ihrer eigenen Lethargie und Müdigkeit heraus aufgestanden, hätten sie sich nicht immer wieder mutig und vertrauenvoll neu umgürtet, sich nicht immer wieder die Fackeln angezündet, wären sie nicht zu neuen Ufern aufgebrochen und hätten sich nicht den neuen Wegen anvertraut, wo stünden wir dann wohl heute? „Noch will das alte unsere Herzen quälen, noch drückt uns böser Tage schwere Last“, wie wahr, aber wir dürfen dennoch – ganz im Sinne Bonhoeffers – jetzt schon getrost und gewiss nach vorne schauen. Denn derjenige, der wahrhaftig auf dem Thron und im Weltregimente sitzt, der Anfang und Ende von allem ist, verheißt uns: „Siehe, ich mache alles neu!“

Pastor Christian Meißner, EAK-Bundesgeschäftsführer